

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 92 (2012)
Heft: 1000

Artikel: Klare Spielregeln
Autor: Lübbe, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

3 Klare Spielregeln

Was ist das Antidot zum heutigen Kapitalismus? Der Sozialismus hat abgewirtschaftet, auch wenn neuerdings einige marxistische Wiedergänger-Intellektuelle dies modisch leugnen. Ist das Antidot zum Kapitalismus also vielleicht doch – der gute alte Kapitalismus? Er ist jedenfalls gemeinwohlverträglich – wenn man ihn lässt.

von Hermann Lübke

Aristoteles empfahl, bei Zweifeln über die genaue Bedeutung eines wichtigen Wortes es mit einem Wort möglichst gegen- teiliger Bedeutung zu konfrontieren. Da- nach braucht man beim Kapitalismus nicht lange zu suchen. Es drängt sich auf: «Sozia- lismus» nämlich und näherhin der real exist- ent gewesene Sozialismus marxistisch-le- ninistischer Prägung, der den Kapitalismus weltrevolutionär besiegen und sich am Ende der Vorgeschichte der Menschheit als «Kommunismus» verewigen wollte – als das System der endlich erreichten und gewähr- leisteten Identität individueller und kollek- tiver Interessen (was, nebenbei bemerkt, nichts anderes ist als der urkapitalistische Traum vom freien Markt, der diese Interes- sen zum Ausgleich bringt).

Über acht Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts hinweg hat diese politische Idee, den Kapitalismus zu überwinden, tat-

Noch immer gibt es intellektuelle Nostalgiker, die der politischen Idee, den Kapitalismus zu überwinden, nachtrauern.

sächlich Weltgeschichte gemacht, und noch immer gibt es intellektuelle Nostalgiker selbst unter heutigen Sozialdemokra- ten, die ihr nachtrauern, ja auf ihre trium- phale Auferstehung hoffen – wenn nun auch unter dem neu-alten Titel des demo- kratischen Sozialismus. Um sich von der Vergellichkeit dieser Hoffnung zu über-

zeugen, ist es nicht einmal nötig, sich mit den Gründen zu beschäftigen, die schon zu Zeiten ephemerer Scheinblüte des Bolsche- wismus von wunschdenkenfreien Analyti- kern wie Talcott Parsons oder Martin Kriele wider die Zukunftsfähigkeit des radikal an- tikapitalistischen Sozialismus vorgetragen worden sind. Es genügt, sich von Nordko- rea bis nach Kuba mit der realen Gegenwart seiner Relikte zu beschäftigen oder kom- plementär dazu mit den Wirtschaftserfol- gen des konzidierten Kapitalismus der so- zialistischen Einheitspartei Chinas.

Die Suche nach dem Antidot

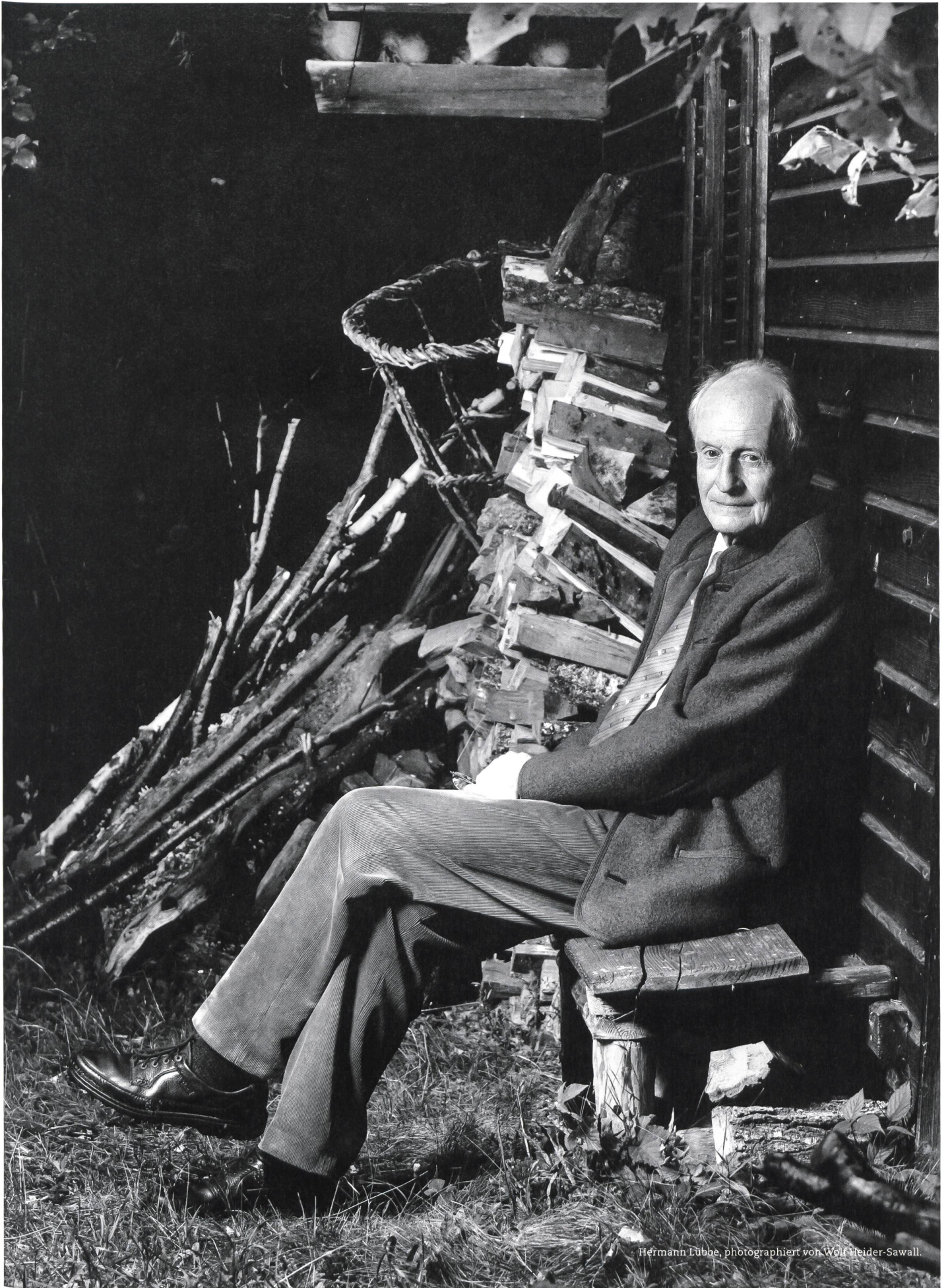
Was wäre somit, nachdem der sozialis- tische Antikapitalismus abgewirtschaftet hat, als Gegenstück zum Kapitalismus ver- blieben, das wir zur Schärfung der Kontu- ren seines Begriffs nutzen könnten? Was wäre zum Kapitalismus das historisch-poli- tisch verbliebene Antidot? Einer zweck- mässigen Beantwortung dieser Frage kommt man näher in der Beschäftigung mit den Gründen, die den Zusammenbruch des antikapitalistischen Sozialismus keines- wegs zu einem unbestreitbaren Triumph des Kapitalismus haben werden lassen – nicht, weil der gescheiterte Sozialismus in einem höheren oder tieferen Sinne doch recht gehabt hätte, vielmehr kraft fort dau- ernder Weigerung, die unentbehrlichen Funktionen des Kapitalismus in einem auch sozialstaatlich dauerhaft leistungsfä- higen Wirtschaftssystem einzusehen und anzuerkennen. Von diesen unentbehrlichen Funktionen lässt sich heute freilich illusions- frei nur reden, wenn man die selbstschädi- gungsträchtigen Umstände, ja Skandale

Hermann Lübke

ist emeritierter Professor für Philosophie und politische Theorie an der Universität Zürich. Er zählt zu den einflussreichsten deutschen Intellektuellen der Nachkriegszeit und hat sich in zahlreichen Publikationen mit der Zeitenwende von 1989 befasst.

mitbenennt, die Medienkonsumenten in- zwischen immer wieder einmal an der Zu- kunftsfähigkeit des Kapitalismus zweifeln lassen – von der Verzweiflung zahlloser Kleinanleger, die zum Zweck der Sicherung einer finanziell gehobeneren Altersver- bringung ihr Sparkapital inkompetenten Vermögensverwaltungen anvertraut hat- ten, bis zur hoffnungslosen Privatverschul- dung ehemaliger Hauseigentümer, die zu Opfern offerierter und vermeintlich tragfä- higer hypothekarischer Vollfinanzierung ihrer kleinen Liegenschaft geworden wa- ren, und von den verblüffenden Dimensio- nen des Grossbetrugs mittels verheissungs- voller, tatsächlich aber kettenfinanzierter Gewinne auf anvertraute Barmittel bis hin zu den ansehensdestruierenden massenme- dialen Berichten über historisch singuläre Einkommenssteigerungen für Banker oder über Boni für Bankergehilfen bei Absatzer- folgen mit sogenannten «Produkten», de- ren Sicherheitshintergrund ihnen selbst gänzlich unerkennbar geworden war.

Das Bankgewerbe, gewiss, war immer schon in der Verlässlichkeit seiner Leistungen ungleich mehr noch als andere Gewerbe auf Vertrauen angewiesen. Die Geltung, die es gewann und deren es auch im geschäftli- chen Sinne bedurfte, entsprach dem Aus- mass dieses benötigten und in guten Zeiten tatsächlich bewährten Vertrauens. Jetzt ist



Hermann Lübke, fotografiert von Wolf Heider-Sawall.

grossräumig dieses Vertrauen in die Solidität der Institutionen und Personen beschädigt, die anvertrautes Kapital zu verwahren und zu mehren gehabt haben – gewiss nicht zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus.

Knappeitserfahrungsbefreites Verhalten

Kurz: der Kapitalismus, insbesondere in seiner finanzkapitalistischen Ausprägung, hat eine schlechte Presse. Gleichwohl ist es nicht schwer zu erklären, wieso davon der sozialistische Antikapitalismus – mit Ausnahme einiger weniger marxistischer Wiedergänger-Intellektueller und Bewegungen wie *Attac* und *Occupy Wall-street* – so gut wie gar nicht zu profitieren vermag. Das beruht auf dem gleichfalls jedem Medienkonsumenten vertrauten Faktum, dass schadensstiftender Umgang mit Kapital heute längst nicht mehr allein Sache von Kapitalisten und von Repräsentanten ihrer vermeintlich herrschenden Klasse

ist. Möglichkeiten der Nutzung von Kapital mit der Wirkung der Schädigung des Vermögens überwiegend lohnabhängiger Kleinkapitalisten ist längst auch zur Sache sozialstaatlich engagierter Parteien geworden, die sich auf Fälligkeiten der Umverteilung berufen. Auch für die USA, das moderne Land des Kapitalismus, gilt das. Die erwähnte Massengewährung hypothekarisch vermeintlich gesicherter Kredite, die mit gravierenden Schadensfolgen auf den Finanzmärkten in verbrieft Form weltweit verramscht wurden, war parteipolitisch und staatlich abgestützt und rechtfertigte sich als endlich durchgreifende Massnahme der Wohnraumbeschaffung zugunsten kleiner Leute. Überall wächst in hochentwickelten Zivilisationen die Menge wünschbarer und eingeforderter Weltverbesserungen ungleich rascher an als die Menge der Möglichkeiten, sie in den Spielräumen kalkulierbar gehaltener Selbstverschuldung zu finanzieren. Entsprechend

eindrucksvoll entwickeln sich fast überall in modernen Ländern die Schuldenstände in den privaten wie in den öffentlichen Haushalten. In markanten Fällen sind sie längst hoffnungslos, und nicht zuletzt in Europa gilt das für etliche Mitglieder der Europäischen Union. Ein Sozialismusrömantiker unter den Grossintellektuellen, Jürgen Habermas, fand, nicht zuletzt die «Hauptdarsteller» früher gern sogenannter bürgerlicher Parteien «zappelten» in den Fesseln der «Finanzindustrie» – so zur Zeit ihrer Euro-Rettungskoperationen «Merkel und Sarkozy». Es trifft ja zu: Die Politik hofft hier auf Möglichkeiten der Neuverschuldung von Staaten in der Absicht, Alt-schulden mit Hilfe niedrigverzinslicher zusätzlicher Kredite bedienbar zu halten, und die hier als Hauptschädiger identifizierte «Finanzindustrie» legte sich mit den Bonitätsbewertungen ihrer Ratingagenturen quer.

Zum Glück tut sie es, so möchte man das kommentieren, nämlich in Erinnerung

schweizer
monat
SEIT 1921

Fredy & Regula Lienhard-Stiftung

WIR FÜHREN DIE DEBATTE WEITER...

Wir laden ein zum Podium und Streitgespräch. Moderation: René Scheu

Gemeinwohl im Kapitalismus

Das Verhältnis von Wirtschaft und Staat neu denken und ordnen

Zusammen mit den profilierten Denkern **Hermann Lübbe**, **Philipp Mastronardi**, **Timo Meynhardt** und **Gerhard Schwarz** vertiefen wir den thematischen Schwerpunkt dieser Jubiläumsausgabe.

Mittwoch, 24. Oktober 2012 | 18 Uhr, im Anschluss Apéro riche | Zunfthaus zur Waag, Zürich

Jetzt anmelden!

Senden Sie uns eine E-Mail an: debatte@schweizermonat.ch bis spätestens am 19. Oktober. Die Platzzahl ist beschränkt. Die Teilnahme ist kostenlos.

an die Erfahrung, die jeder Sparer hat machen können, dass Geld ein vernunfttreibendes Medium ist – knappes Geld nämlich. Und eben dafür sorgt doch, unter anderem, der Finanzmarkt mit ordnungspolitisch wirksam gebliebenen Regeln, die auch in der Europäischen Union die Euro-Währungspolitik nicht ausser Kraft zu setzen vermocht hat.

So bitter es ist: Die europäische Gemeinschaftswährung verdankt sich tatsächlich nicht zuletzt dem geldpolitisch gesehen befremdlichen Willen, aufdringlich gewordenen Erfahrungen knappen Geldes zu entkommen. Gewiss: nicht zuletzt deutsche Politiker haben wirklich geglaubt, eine gemeinsame Währung sei ein besonders geeignetes Medium, Nationen heterogener monetärer und fiskalischer Tradition endgültig zusammenzubinden. Die französische politische Führung wusste es besser, belies aber die Deutschen bei ihrem Glauben, der innerhalb Deutschlands die Euro-

Skepsis moralisch inkorrekt werden liess. So befreite Frankreich sich vom lästigen und überdies als prestigeschädigend eingeschätzten Zwang, den Franc dann und wann in Relation zu härteren europäischen Währungen abwerten zu müssen. Als Konsequenz ergaben sich, unter anderem, Knappheitserfahrungsbefreite und somit rasch ansteigende Aussenhandelsbilanzdefizite und schliesslich der schon erwähnte Zwang zur Bedienung öffentlicher Schulden durch progressive Neuverschuldung kraft Niedrigzinspolitik der dafür zuständigen transnationalen Zentralbank.

Welches Ende diese währungspolitische Evolution in Europa nehmen wird, ist nicht definitiv abzusehen. Hält man die politisch bequemste Lösung der europäischen Überschuldungskrise für die wahrscheinlichste, so hätten wir mit einer Inflation zu rechnen. Ihre Anfänge sind bereits diagnostiziert und damit der Beginn eines Prozesses, der in der Endkonsequenz

seiner kapitalvernichtenden Folgen die Sparer und vorzugsweise die kleinen Leute treffen wird – mit Ausnahme derjenigen selbstverständlich, die sich, wie die Staaten selbst, rechtzeitig ausreichend verschuldet haben.

Das Antidot: ordnungspolitische Regeln

So weit einige zumal europäische Erfahrungen mit dem Kapitalismus postsozialistisch und aktuell. Welches wäre also sein Gegenbegriff, an welchem man sich gemäss aristotelischer Empfehlung zu seinem besseren Verständnis zu orientieren hätte? Einen Gegenbegriff, der, wie der des real existent gewesenen Sozialismus, das Ganze unseres individuellen und kollektiven Lebens umschlüsse, gibt es nicht. Es gibt ihn nicht, weil ja auch, anders als die Altsozialisten es sahen und sehen, der Kapitalismus seinerseits das Ganze unseres individuellen und kollektiven Lebens gar nicht umfasst. Den Gegenbegriff zum Kapi-

Vertrauen, Kompetenz & Vermögensvermehrung

Wir sind seit 1979 als unabhängiger Vermögensverwalter für Privatpersonen tätig und Ihr Spezialist für Wandelobligationen, Small & Mid Caps sowie Goldminen- und Rohstoffaktien. Unsere Value-Style-Anlagestrategie ist auf unterbewertete Aktien und Wandelanleihen ausgerichtet.



Überzeugende Netto-Performance

	2009	2010	2011	31.8.2012
MRB Wandelobligationen	+ 19,44 %	+ 13,89 %	- 6,96 %	+ 10,79 %
MRB Global Value Pearls	+ 1,27 %	+ 16,13 %	- 2,75 %	+ 7,15 %
MRB Goldminen- und Rohstoffaktien	+ 78,25 %	+ 43,21 %	- 19,67 %	- 5,71 %

Alle Details unter: www.mrbpartner.ch / www.pmg-fonds.ch

Disclaimer: Die historische Wertentwicklung ist keine Garantie für die zukünftige Performance. Der Wert eines Anlagefondsanteils kann jederzeit sowohl steigen als auch fallen.

Anlagetipp für 2012

«Nutzen Sie jetzt die günstige Gelegenheit und schichten Sie, mit Blick auf die Markterholung im nächsten Jahr, Ihr Depot in defensive, renditestarke Unternehmens-Wandelobligationen um. Sie erhalten momentan eine Nettoablaufrendite von über 5 % sowie kostenlos eine Call-Option auf die entsprechende Unternehmensaktie und einen partiellen Inflationsschutz für Ihre Wandelobligationenanlage.»

Benno Bründler, geschäftsführender Partner

MRB

MRB Vermögensverwaltungs AG ·

Sihlstrasse 95 / 8021 Zürich / Tel. +41 44 210 42 77 / www.mrbpartner.ch

talismus bildet entsprechend das politisch ebenso unspektakuläre wie unentbehrliche Ensemble ordnungspolitischer Regeln, die die urkapitalistische Orientierung an Knappheit ebenso unbeschädigt erhalten wie die Möglichkeiten, über Kapitalnutzung Kapital zu mehren – von der Aufsicht über die Einhaltung der Regeln des Bankgewerbes bis zur Selbstbindung der Staaten und ihrer etwaigen Währungsverbände an die wohlbekannten Regeln geldwerthaltender Geldschöpfung wie der Budgetkonsolidation.

Wer bändigt den Staatskapitalismus?

Gewiss, wird man sagen und hinzufügen, das alles hätten wir doch schon gehabt – in der Gestalt der sogenannten Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages zum Beispiel, und kaum einer der verpflichtet gewesenen Staaten habe sich daran gehalten. So ist es, und das erzwingt die Frage nach der politischen Gewalt, die in der Lage sein könnte, den korrumpierten und korrumpierenden Staatskapitalismus zu bändigen und zur Einhaltung seiner wohlbekannten ordnungspolitischen Regeln zu zwingen. Die Antwort auf diese Frage ist, im Prinzip der Sache, altbekannt und bewährt. Sie lautet: Mehr Demokratie ist das einzig bekannte Mittel der Staatskontrolle.

Mehr Demokratie ist das einzig bekannte Mittel der Staatskontrolle.

Gerade auch für den modernen Staat gilt das, der aus zwingenden Gründen ein Staat rasch expandierender Staatsbudgets in Relation zur wirtschaftlichen Wertschöpfung geworden ist. Nicht zuletzt unabweisbare Umverteilungszwecke sind dabei der entscheidende Faktor, und man kennt das Argument, dass just diese Unabweisbarkeit sozialstaatlicher Umverteilungszwecke zugleich ihre demokratische Kontrolle faktisch unwirksam mache – kraft des Interesses

der Parteien nämlich, sich über reichliche Klientelbedienungen Mehrheiten zu sichern. Der sogenannte Parteienstaat und mit ihm die «politische Klasse», die ihn faktisch managt, ist in vielen Ländern tatsächlich an Grenzen seiner Effizienz angelangt. Wo verbliebe alsdann hier noch die Demokratie als Kontrolleur und Moderator der Staatsmacht? Die Antwort auf diese Frage verlangt weder eine Alternative zur Demokratie noch eine erst noch intellektuell entwürfsbedürftige künftige Superdemokratie, vielmehr das altbewährte, ebenso demokratische wie kapitalismusaffine Verfahren, den Kostenträger wünschbarer und staatlich organisierbarer Neuerungen nicht nur über seine Repräsentanten, vielmehr auch direkt zu seiner Bereitschaft oder Unbereitschaft zu befragen, diese Kosten auch aufzubringen.

Wie befremdlich direktdemokratische Verfahren in etlichen modernen Ländern immer noch wirken, lässt sich, zum Beispiel, an den Verfassungen etlicher deutscher Bundesländer studieren, die allerlei direktdemokratische Verfahren kennen, das aber mit signifikantem Ausschluss steuerlicher oder budgetärer Entscheidungen. Indessen: nie war in modernen Ländern das Wahlvolk wohlhabender als heute, einer verzerrten Selbstwahrnehmung zum Trotz. Die übergrosse Mehrheit der Bürger lebt nicht mehr von der Hand in den Mund, hat vielmehr breitenwirksam Anlage- und Investitionsprobleme, und bis in die Wirtschaftsseite der Heimatzeitungen hinein hat die einschlägige Berichterstattung ein historisch beispielloses Niveau erlangt. Entsprechend wird sich auch im europäischen Währungsverbund in eins mit der Euro-Krise der Irrtum verflüchtigen, Kapitalverwertungsinteressen seien eo ipso gemeinwohlwidrig. In Wahrheit sind ja die Regeln wohlgeordneter und gesicherter Kapitalnutzung zugleich Regeln der Förderung des Gemeinwohls.

Dass das schon alles wäre, was das Gemeinwohl uns abverlangt – das hätte auch unter den professionellen Kapitalverwertern nie jemand öffentlich sagen können, ohne sich zu disqualifizieren. Aber genau so ist es. Sogar in wirtschaftlicher Hinsicht

gilt das. Sagen wir es am Beispiel der heute in kapitalismuskritischer Absicht gern beschworenen Alternative von Geldwirtschaft einerseits und Realwirtschaft andererseits. Manche halten diese Alternative für Nonsense, andere verteidigen sie. Beides lässt sich auf den zusammenfassenden Grundsatz bringen, dass Geldwirtschaft und Realwirtschaft sich nicht trennen, aber doch stets unterscheiden lassen. Exemplarisch zitiere ich dafür eine berühmte kleine Geschichte aus dem Leben des allerersten europäischen Wissenschafters. Das war, vor mehr als zweieinhalbtausend Jahren, Thales von Milet. Thales, meteorologisch kompetent, sah eine besonders gute, wetterbegünstigte Ölfruchternte voraus, kaufte rechtzeitig die Nutzungsrechte aller verfügbaren Ölpresen auf und schlug sie zu Hochkonjunkturpreisen los, als sprunghaft die Nachfrage nach ihnen anstieg. Thales also, nach dem der berühmte Lehrsatz benannt ist, den wir alle einmal in der Schule im Geometrieunterricht zu lernen hatten, war somit zugleich der Erfinder eines Finanzderivats, das ihm das «Forward-Geschäft» erlaubte, aus der erwarteten und termingerechtere tatsächlich eingetretenen Wertsteigerung eines früher günstig erworbenen Rechts ein Vermögen zu machen – so nach Markus Lusser, dem langjährigen Mitglied und Präsidenten des Nationalbankdirektoriums der Schweiz ab 1980.

Zurück zu Thales

Einen beachtlichen geldwirtschaftlichen Vorgang repräsentiert die kleine Geschichte tatsächlich. Realwirtschaftlich schien sie die Bauern eher geschädigt zu haben – es sei denn, man läse sie als Vorgeschichte von Erfahrungen mit Vorteilen, die es mit sich bringt, teure, weil saisonal seltene Nutzung aufwendiger Geräte als unternehmerische Dienstleistung anderer Leute einzukaufen. So oder so: sogar noch in wirtschaftlicher Hinsicht sollten die geometrischen Innovationen des Thales, obwohl sie sich ja ökonomischen Interessen gar nicht verdanken, wichtig bleiben. ◀